

**PAPERS**

**MARIO CANDEIAS**

**PASSIVE REVOLUTIONEN  
VS. SOZIALISTISCHE  
TRANSFORMATION**

Mario Candeias

## **Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation**

Impressum

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

*Systemkrise oder business as usual, zwischen diesen beiden Positionen changiert die Einschätzung der gegenwärtigen Krise. Doch weder ist der Kapitalismus als solches in der Krise, noch kann die Form kapitalistischer Entwicklung der letzten 30 Jahre einfach weiter verfolgt werden. Die spezifische Form der transnationalen informationstechnologischen Produktions- und Lebensweise unter neoliberaler Hegemonie ist in eine strukturelle oder organische Krise geraten. Wir stehen am Beginn einer erneuten Transformation des Kapitalismus. Um seine Gestalt wird in den nächsten Jahren gekämpft werden. Wie kann angesichts der nachteiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dennoch eine sozialistische Transformation im Sinne einer revolutionären Realpolitik (Luxemburg) verfolgt werden? Also, was tun (Lenin) – und „wer zum Teufel tut es“ (Harvey 2009)?<sup>1</sup>*

### *Transformationen als passive Revolutionen*

Nichts wird so bleiben wie es ist. Transformation hieß in den letzten 150 Jahren immer wieder: passive Revolutionierung der Produktions- und Lebensweise. Im Anschluss an Antonio Gramsci sind passive Revolutionen eine Art der Restauration brüchig gewordener Herrschaft durch Revolutionierung aller Verhältnisse, nicht nur Wiederherstellung der Ordnung, sondern Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft aktiv vorantreibend (Gef.1, 102). Das passive Element besteht darin, Interessen der Subalternen herrschaftsförmig zu integrieren, die untergeordneten Gruppen aber in einer subalternen Position fern der Macht zu halten, zugleich ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock zu absorbieren, die Subalternen damit ihrer Führung zu berauben (Trasformismo).

So trieb das neoliberale Management Globalisierung und Internationalisierung von Produktion, Kultur und Warenwelt voran, ebenso wie den informationstechnologischen Schub, die Verwissenschaftlichung der Produktion durch Einbeziehung des Wissens der unmittelbaren Produzenten, erzwang Eigenverantwortlichkeit und ökonomische Emanzipation der Frauen. Die erste transnationale Welle neoliberaler Umwälzung schwächte die Macht von Lohnabhängigen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Sozialdemokratie, die zweite Welle integrierte ihre gewendeten Repräsentanten in einen sozialdemokratische-neoliberalen Machtblock (Candeias 1999; 2004). Ergebnis war eine rasante Entwicklung von Produktivkräften, von Akkumulation und Profiten, auf Kosten von beschleunigter Umverteilung und Ungleichheit. Seine progressivvorantreibende gesellschaftliche Funktion hat der Neoliberalismus jedoch verloren. Es mangelt an ausreichend Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage oder zumindest nach Perspektive nach zu kommen. Die Versprechen wurden gebrochen. Die aktive Zustimmung der Bevölkerung ist brüchig geworden.

### *Organische Krisen und Brüche*

Einer Transformation voraus gehen strukturelle oder *organische* Krisen. Es deuten sich „unheilbare Widersprüche“ (Gramsci, Gef. 7, 1557) in der Struktur der Gesellschaft an. Nun sind Krisen eine

---

<sup>1</sup> Eine gekürzte Fassung erschien in der Zeitschrift *Arranca!* #41 (Teil I) und #42 (Teil II) 2010: <http://arranca.org/ausgabe/41>.

Normalität in Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht. Es gehört geradezu zu den charakteristischsten Merkmalen, dass der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt Krisen absorbiert, indem es sie organisiert (Demirovic 1987, 121). Konjunkturelle-zyklische oder „*generische*“ Krisen (Poulantzas) – die sich im Neoliberalismus in immer kürzeren Abständen häuften – sind Anlass für Instabilitäten, führen ganze Länder und Regionen an den Rand der Reproduktionsfähigkeit, produzieren Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger für Millionen von Menschen, rütteln an der Legitimität der Regierenden. Gleichzeitig kann ihre ›bereinigende Wirkung‹ nach ›produktiver Zerstörung‹ und gesellschaftlichen Auseinander-setzungen – verbunden mit der Produktion großer individueller und sozialer Nöte –, technische, ökonomische und gesellschaftliche Innovationen hervorbringen oder beschleunigen, dynamische Impulse auslösen und dazu beitragen, das kapitalistische Akkumulation und bürgerliche Hegemonie dynamisiert werden. So hart diese Krisen sich auch auf die Lebensverhältnisse vieler Menschen auswirken, vermindert die Vernichtung und Entwertung von Kapital die Tendenz zur Überakkumulation, schafft Bedingungen zur Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Profite, verbessert die Verwertungsbedingungen des Kapitals, zwingt zur Anpassung der gesellschaftlichen Regulation. Dies ist verbunden mit wechselnden politischen *Konjunkturen* innerhalb einer spezifischen Periode kapitalistischer Entwicklung, z. B. dem Wechsel von orthodox-konservativen zum sozial-demokratischen und schließlich zum autoritären Neoliberalismus (Candeias 2004/2009, 404ff). Entscheidend ist für den Block an der Macht nicht die Stilllegung oder Lösung von Widersprüchen, als vielmehr sie in einer Weise bearbeitbar zu machen, so dass sie beherrschbar bleiben. Ein solcher Begriff von Hegemonie fragt also nicht nach der Stabilität einer bestimmten Ordnung als vielmehr nach der bestimmenden Entwicklungsrichtung der Bearbeitung von Widersprüchen.

In organischen Krisen kommt es jedoch zu einer Verdichtung und Verschränkung unterschiedlicher Krisen, die zu Konflikten und Blockierungen innerhalb des Blocks an der Macht führen. Dies beinhaltet sowohl molekulare Veränderungen als auch eine *Folge von Brüchen* in der Entwicklung. Solche Folgen von Brüchen ereigneten sich beispielsweise 1929, 1933f. und 1945 in der Entstehungszeit des Fordismus sowie mit seiner Krise im Übergang zum Neoliberalismus 1968, 1973/75 und 1980. Dabei zeigt sich bereits, dass es sich zwar in jedem Fall *auch* aber keineswegs *nur* um ökonomische Widersprüche handelt, sondern um politische Krisen und Ereignisse handelt – etwa New Deal, Faschismus, Weltkrieg bzw. 68-Bewegung, Pinochets neoliberaler Gewaltcoup, Thatcherismus und ›geistig-moralische Wende‹. Denn „ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen“ (Gramsci, Gef.7, 1563).

Allerdings wird auch deutlich, dass die Annahme, nach einer ›großen‹ Krise wie 2007ff (Candeias 2009a), alles so weitergehen wird wie bisher, mit nur leichten Modifikationen, geschichtsvergessen ist; ebenso wie die Annahme, nun würde sich über Nacht alles ändern. Der Übergang von imperialistischer Globalisierung und Konkurrenz zum Fordismus dauerte in den USA mindestens 13 Jahre, in Europa bis nach den Zweiten Weltkrieg – darin wird auch die zeit-räumliche Ungleichzeitigkeit und Varianz der

Entwicklungen deutlich. Auch von der Krise Ende der 1960er Jahre bis zur wirklichen Durchsetzung des Neoliberalismus – in Etappen, dominiert vom Keynesianismus, aber schon mit einem Wechsel zum Monetarismus und freien Wechselkursen, dauerte bis 1980. Freilich ist das kein Automatismus und die Geschichte der Durchsetzung des Fordismus zeigt, wie heftig solche Übergangskrisen sein können, wie unterschiedlich der Fordismus – wie auch später der Neoliberalismus – sich in unterschiedlichen Kontexten realisierte.

### *Organische Krisen und molekulare Veränderungen*

Im Vorfeld von ökonomischen oder politischen Brüchen oder auch unabhängig von ihnen ereignen sich *molekulare Veränderungen* in den gesellschaftlichen Verhältnissen, alltäglicher Ausdruck der Bewegungsformen gesellschaftlicher Veränderungen, die zunächst kaum als solche sichtbar sind. Zu unterscheiden ist zwischen „konjunkturellen oder gelegenheitsbedingten“ und „organischen“ oder strukturellen Bewegungen (Gramsci, Gef.7, 1557). Der erste Typus erfordert Modifikationen der Regulationsweise ohne strukturelle Veränderungen nach sich zu ziehen (die Erhöhung des Kindergeldes, die Senkung des Eingangsteuersatzes, die Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV). Der zweite Typus lässt sich innerhalb der gegebenen Regulationsweise nicht ausreichend bearbeiten, obwohl Modifikationen ihre krisenhafte Verdichtung verzögern können. Je nach Verlauf der gesellschaftlichen Auseinandersetzung kann der erste in den zweiten Typus übergehen. Es kommt also auf die konkrete Analyse der Situation an.

Solche molekularen Veränderungen sind als generische Krisenelemente, auch wenn sie zu Verschiebungen in der Struktur führen, als vereinzelte Phänomene beherrschbar. Sie gehören also organisch zur Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise. Da sie ständig wirksam sind, so Demirovic (1987, 118), ist es weder berechtigt, sie selbst als Krise zu sehen, noch in ihnen ein teleologisches Prinzip zu sehen, das quasi automatisch zur ›wirklichen‹ Krise hinführt. Doch diese Form der molekularen Veränderungen trägt immer auch die Möglichkeit zur Verschiebung von Widersprüchen und Kräfteverhältnissen und damit zur Verdichtung in „großen“, strukturellen Krisen in sich, berühren Fragen der Hegemonie und Legitimität. Molekulare Veränderung wie zyklische Krisen sind letztlich nicht bestandsgefährdend für die bestehende Produktionsweise, produzieren aber gesellschaftliche Konflikte und sind aufgrund der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse in letzter Konsequenz unkalkulierbar, ihre Überwindung ist nicht selbstverständlich – dies begründet den krisenhaften Charakter solcher Bewegungen – insbesondere wenn sich unterschiedliche Krisenelemente verschränken und in einem Ereignis verdichtet werden.

So sind der Finanzcrash 2007/2008 und die globale Wirtschaftskrise Ergebnis einer sich langsam immer stärker aufbauenden Überakkumulation. Dieser Tendenz wurde begegnet, indem neben der ständigen Verfeinerung der Finanzmarktinstrumente und -strategien, die Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten durch Einbeziehung neuer Räume (etwa Ostasien), und die Erschließung bisher nicht inwertgesetzter Bereiche (z. B. genetische Ressourcen, allgemeines Wissen und intellektuelles

Eigentum, Verschmutzungsrechte, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) betrieben wurde. Eine weitere Möglichkeit war und ist die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsmittel (z. B. den Informationstechnologien und der sog. New Economy). Dazu tritt, die Reproduktion der Arbeiterklasse immer umfassender zum einem unmittelbaren Bestandteil der Kapitalverwertung zu formen, immer neue (Konsum)Bedürfnisse zu schaffen, vom Flachbildschirm bis zum Eigenheim. Erheblich dazu beigetragen haben nicht zuletzt Finanzinnovationen zur Integration der Arbeiterklasse in Kreditverhältnisse: über die Einführung und Ausweitung von Ratenzahlungen, Konsumentenkrediten, Hypotheken- und Bausparkrediten mit entsprechenden staatliche Förderungen, der Erfindung der Kreditkarten oder der Privatisierung der Rentenversicherung (auf Kapitalbasis) – oder eben die sog. Sub-Prime-Kredite. All diese Strategien haben nicht verhindert, dass sich eine immer größere „Plethora des Kapitals“ (Marx, MEW 25, 261) aufbaut, von überakkumuliertem Kapital, für welches es an ausreichenden Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten mangelt und „dadurch auf die Bahn der Abenteurer gedrängt: Spekulation, Kreditschwindel, Aktienschwindel, Krisen“ (ebd.).

Die spekulative Blase, die 1997/98 zu den Krisen in Asien, Lateinamerika und Russland, führte hatte als reale Grundlage noch die Ausdehnung der Akkumulation in neue Verwertungsräume, die dot.com-Blase, die 2001 platzte, finanzierte die Entwicklung und Verbreitung und Verwertung der Internet-Technologien, bevor die »Übertreibungen« korrigiert wurden. Die Immobilien- und Kreditblase, die sich nun entlud, hingegen hatte kaum noch neue tragfähige Akkumulationsfelder eröffnet, sondern fast ausschließlich die finanzielle Akkumulation vorangetrieben. Zyklische Krisen und modifizierte Akkumulationsstrategien konnten zwar die Verdichtung dieser Entwicklung in einer strukturellen Krise über lange Zeiträume bearbeiten und verzögern, aber nicht verhindern. Die Hypothekenkrise war sozusagen der konjunkturelle Ausdruck dieser molekularen Veränderung. Strukturell – und dies ist für den Block an der Macht ökonomisch vielleicht am problematischsten – hat diese Veränderung aber dazu geführt, dass die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter ist seit einigen Jahren nicht mehr gewährleistet. Die BIZ spricht vom „Mythos ökonomischer Erholung“: „Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, tendiert sie dazu, nach der Erholung weit unter ihrem vorherigen Niveau zu bleiben“ (Cerra/Saxena 2007, 16). Insbesondere in Ländern mit starker Liberalisierung von Kapitalverkehr und Finanzmärkten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung langsamer. Nach jeder Finanzkrise müsse mit langen Erholungsphasen gerechnet werden, oft zu lang, um zum alten Niveau zurück zu kehren, bevor die nächste Krise hereinbricht. Dieser Mythos ökonomischer Erholung bringt es mit sich, dass steigende Renditen nur noch durch fortwährende Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen, des Staates und der national oder regional beschränkten Kapitale realisierbar sind, während immer größere Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der öffentlichen Infrastrukturen, der sozialen Dienste austrocknen. Während die Überakkumulation nicht nachhaltig abgebaut werden kann, sich nicht ausreichend neue Investitionsfelder eröffnen, spitzt sich eine Reproduktionskrise des Gesellschaftlichen zu, die auch die Grundlagen der Akkumulation selbst gefährdet (mangelnde Infrastrukturen, mangelnde Qualifikationen, mangelnder Zusammenhalt, mangelnde Profitaussichten etc.).

## *Molekulare Anhäufung von Elementen*

Vor diesem Hintergrund erhalten auch andere molekulare Veränderungen, die für sich genommen, nicht bestandsgefährdend für die neoliberale Hegemonie sein mögen, eine andere Beleuchtung, können krisenverschärfend wirken. Etwa die Erschöpfung der neuen Produktivkräfte: So wurden in den letzten Jahren neue Formen der Arbeitsorganisation zurück geschraubt, erreichen ihre Grenzen. Von Kapitalseite erfolgt ein Rückbau von Autonomiespielräumen, Verschärfung von Kontrolle, Intensivierung und Prekarisierung der Arbeit sowie Überausbeutung. Auf Seite der Lohnabhängigen führt dies zu breiter Demotivierung und Kreativitätssperren, sowohl durch die ›Selbstaussbeutung‹ in flexiblen, enthierarchisierten Arbeitsverhältnissen, als auch durch die engen Grenzen der betrieblichen Vorgaben und Despotismus (v.a. im Niedriglohnsektor) oder mangelnde Perspektiven. Dies bedeutet in vielen Fällen Erschöpfung, Verunsicherung, burn out, mangelnde Requalifizierung. Im Ergebnis liegt die Arbeitsproduktivität in den letzten 10 Jahren – trotz New Economy Boom – in Deutschland unter 2 Prozent, fluktuiert meist um die 1 Prozent. Die Kapitalproduktivität entwickelt sich noch schlechter: von 1980 bis 1992 konnte sie noch deutlich gesteigert werden, mit der Rezession Anfang der 1990er fiel sie dann wieder dauerhaft und konnte erst mit dem New Economy Boom noch einmal kurzfristig gesteigert werden. Seit der Krise 2000/2001 fällt sie deutlich ab (erreichte das Niveau von 1979). Die Potenziale der neuen Produktivkräfte lassen sich unter den neoliberalen Produktionsverhältnissen nicht weiter realisieren.

Weitere molekulare Veränderungen, die bislang nicht von selbst zur Krise der Hegemonie führten, sondern innerhalb neoliberaler Regulation bearbeitet werden konnten, treten hinzu – das Folgende nur cursorisch: Bereits im Alltag manifestiert sich die *ökologische Krise*, die in Form von Katastrophen nicht nur das Leben von Millionen Menschen durch Stürme, Überschwemmungen und Dürren bedroht, sondern auch zu einer massiven Kapitalvernichtung führt. Eng damit verbunden sind *Ernährungskrisen* und Hungerrevolten v. a. in den Ländern des ›globalen Südens‹. Die Erschöpfung der fossilen Energie-reserven befördert nicht nur die ökologische Krise, sondern wird angesichts der zu erwartenden Preissteigerung zahlreiche Industrien und weiteres Wachstum bedrohen. Dies gilt auch für den zunehmenden Hunger nach natürlichen Ressourcen generell.

Die weitere Verschärfung einer Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die große Teile der Gesellschaft in wachsende Unsicherheiten stößt, die Ausdünnung öffentlicher Dienstleistungen, die Intensivierung von Arbeit bei Vernachlässigung der nötigen Erziehungs- und Sorgearbeiten vertiefen die bereits erwähnte *Krise der Reproduktion* der eigenen Arbeitskraft wie der künftigen Generationen. Zum Teil führt die damit verbundene Unzufriedenheit, v.a. bei Jüngeren, zu Revolten unter den am stärksten Betroffenen in den äußeren und inneren Peripherien. Protest und Widerstand formiert sich auf allen Ebenen, noch fragmentiert und ohne klare Richtung, aber periodisch wachsend. Insbesondere in den Peripherien, hier vor allem in Südamerika, haben sich ganze Bevölkerungsmehrheiten und Regierungen vom Neoliberalismus losgesagt und suchen nach neuen Wegen einer autonomeren Entwicklung. Der sog. Washington Konsensus und seine Institutionen, aber auch Ansätze der Good Governance werden von immer mehr Staaten den globalen Südens offen abgelehnt – wer es sich leisten kann, zahlt vorzeitig



seine Schulden und verabschiedet sich von der Einflussnahme des IWF. Mit dieser *Krise der internationalen Institutionen und westlicher Hegemonie* verbunden sind global politische und ökonomische Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, mit den sog. BRIC- und Golf-Staaten entwickeln sich neue kapitalistische Zentren.

In den alten Zentren wiederum wenden sich wachsende Teile der Bevölkerung von Parteien und Regierungen ab, z.T. sogar von der formalen Demokratie als solcher, was zu einer anhaltenden *Krise der Repräsentation* führt, die seit längerem ungelöst bleibt. International sind die Grenzen der zwangs- und gewaltförmigen Sicherung neoliberaler Globalisierung und die Überlastung der USA als globalen Gewaltmonopolisten, der diese Aufgabe im eigenen wie im Interesse des transnationalen Blocks wahrnimmt, längst deutlich geworden: die Niederlage im Irak ist nur das deutlichste Beispiel einer imperialen Überdehnung. Auch im Inneren der Staaten erweisen sich die Verstärkung von Sicherheitsdipositiven, Verpolizeilichung und *prisonfare* (Wacquant) als unzureichend, um gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten, geschweige denn Zustimmung der Subalternen zu organisieren.

Das sind langfristige Trends, die sich nicht durch ein bisschen Krisenmanagement beseitigen lassen. Die Veränderungen finden auf unterschiedlichen Ebenen statt, fragmentiert. Ökonomische Inkohärenzen, Erschöpfung der Produktivkräfte, Veränderung der Subjektivitäten, Verschiebung der Kräfteverhältnisse, politische Legitimitätsverluste, ökologische und soziale Reproduktion etc. Ihre Verdichtung verläuft langsam, dann meist plötzlich und schnell, ab einem bestimmten Aggregatzustand, der politisch hergestellt werden muss, wenn „die Quantität zur Qualität wird, d. h. zu *organischer* und nicht mehr *konjunktureller* Krise“ (Gramsci, Gef.5, 1070). Den aufbrechenden Krisenerscheinungen hat der herrschende Machtblock zwar keine produktiven Lösungen mehr entgegen zu setzen, die die Interessen der Subalternen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. Die Reserven des nach wie vor dominierenden Neoliberalismus als organisierende Ideologie im Übergang zum informationstechnologischen Produktionsweise sind also erschöpft – weder ein neuer Akkumulationsschub, noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Doch seine Institutionen werden noch lange fort wirken (ähnlich wie nach dem Ende des Fordismus), ihre Position ist aber nur noch eine „herrschende“, keine „führende“ (Gramsci, Gef. 2, 354). Die „molekulare Anhäufung von Elementen“ kann „eine ›Explosion‹ hervorzurufen“ (Gef.9, 2063), zu Brüchen, zur Zersetzung des hegemonialen Blocks und letztlich zur Transformation der Produktions- und Lebensweise führen. Dies ist ein langwieriger und umkämpfter Prozess des Übergangs.

### *Zersetzung des geschichtlichen Blocks*

Das Alte stirbt, während das neue nicht zur Welt kommen kann. Die Zersetzung des transnationalen geschichtlichen Blocks hat begonnen. Mangelnde Alternativen und ein ›bizarro zusammengesetzter‹ *Alltagsverstand* halten noch einen passiven Konsens. Während die neoliberale Ideologie bei großen

Teilen der Bevölkerung diskreditiert ist, haben die Subjekte diese Ideologie tief in ihre Handlungsmuster und ihren Habitus eingeschrieben. Viele sind offen für kapitalismuskritische, gar sozialistische Positionen. Zugleich betrachten sie diese als unrealistisch, weil mit ihnen auch keine wirkliche Machtperspektive oder auch nur eine Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit verbunden ist.

Zu Recht, denn zugleich ist die Fähigkeit, Zukunft zu denken, auf Seiten der Linken eingeschränkt: die alten Projekte, ob Staatsozialismus oder national-fordistischer Wohlfahrtsstaat, tragen nicht mehr, an Alternativen mangelt es. Die globalisierungskritische Bewegung der Bewegungen, die zu Beginn der 1990er Jahre einen neuen Zyklus transnationaler Kämpfe und eine Suche nach Wegen einer anderen Globalisierung anstieß, scheint ihren Zenit überschritten zu haben bzw. befindet sich im Moment der Krise neoliberaler Herrschaft selbst in einer Krise (beispielhaft etwa die Stagnation bzw. Erosion von Aktiven bei Attac oder auch die Isolierung und Repression von Zapatisten oder MST). Die Gewerkschaften konnten in der akuten Krisen Situation zwar vieles durchsetzen (Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, Abwrackprämie, Konjunkturprogramme, Mitbestimmung in gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen wie Scheffler), werden vom Staat und Kapital wieder als ernst zunehmender Partner gehört, kommen aber über strukturkonservative Notmaßnahmen nicht hinaus. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt zwingt sie in die Defensive ohne ein Konzept für eine Konversion von Industriestruktur und Exportmodell. Auch konnten zumindest in Europa bislang in zahlreichen Ländern die alten links-sozialistischen oder kommunistischen Parteien nicht wesentlich von den Schwierigkeiten der Parteien des neoliberalen Blocks an der Macht profitieren: in Frankreich, besonders in Italien oder mit Abstrichen in Spanien werden sie mit der Sozialdemokratie in den Abgrund gerissen. Eine Ausnahme bilden vielleicht einige kleinere Länder wie die Niederlande oder Norwegen – und die Bundesrepublik: Auf die Erfolge der Partei Die Linke beziehen sich zahlreiche Hoffnung der Linken in Europa (sowohl der Parteilinken wie der Bewegungslinken), andere Neugründungsversuche wie in Frankreich folgten. Jedoch steht das Verständnis eines produktiven Verhältnisses von Partei und Bewegung, von Selbstorganisation, Partizipation und Repräsentation, bzw. Zivilgesellschaft und Staat damit vor ungelösten und neuen Fragen. Ein eigenständiges emanzipatives, linkes Projekt existiert nicht.

Die Verunsicherung führt zunächst nicht zum Aufbruch, sondern befördert Ängste und strukturkonservatives Festhalten an Überkommenen. So sehr beispielsweise Beschäftigte in den letzten Jahren immer weniger bereit sind, weitere Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung hinzunehmen, befördert die Krise doch das Festkrallen am Arbeitsplatz, egal was gefordert wird. Obwohl sie vom Staat und Politik nicht mehr viel erwarten, befürworten in der Krise die meisten die Rückkehr des Staates. Er erweist sich als handlungsfähig und beherzt anpackend, nicht die linken Staatsbefürworter, die lange dafür verächtet wurden. Obwohl es ein wachsendes Bewusstsein dafür gibt, die Dinge eigentlich selbst in die Hand nehmen zu müssen, um Veränderungen zu bewirken, wird doch die Veränderung an den Staat delegiert und die Krisenproteste verpuffen fürs Erste. Habitualisiertes, in die Körper eingeschriebenes, bricht besonders langsam um. Es ist die Stunde der Herrschenden. Die Krise der Repräsentation ist scheinbar überbrückt, Merkel und Obama sind beliebt, ihre reale Unterstützung ist jedoch brüchig, der Bruch zwischen Repräsentierten und Repräsentanten größer denn je. So sehr die Krise Passivität und strukturkonservatives Denken befördert, herrscht ein

verbreitetes Unbehagen und Wissen darüber, das es so nicht weitergehen wird oder kann – es ist absehbar, wer für die Krise zahlen, für den Abbau der Staatsschulden aufkommen muss. Erfahrungen und Handlungsfähigkeit werden in die Krise geführt.

Doch jeder/jeder muss sich individuell immer in einem Widerspruch bewegen, „zwischen der Erweiterung der Lebensmöglichkeiten und der Vorwegnahme des Risikos des Verlusts der Handlungsfähigkeit durch die Herrschenden“ (Holzkamp 1987, 16f). Insofern liegt es nahe, sich mit einer restriktiven oder beschränkten Handlungsfähigkeit im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zufrieden zu geben, „also quasi eine Art von Arrangement mit den jeweils Herrschenden in einer Weise zu treffen, dass man an deren Macht so weit teilhat, oder zumindest deren Bedrohung so weit neutralisiert, dass man in diesem Rahmen noch einen bestimmten Bereich an freiem Raum“ hat (17). Je mehr spezifisch produktive Fähigkeiten entwickelt werden, desto vollständiger die Subjektivation, desto mehr wird aus der einfachen (von außen aufgezwungenen) Unterordnung eine Beherrschung der Praxis als aktive Zustimmung zum hegemonialen Konsens (Candeias 2004/2009, 58). Doch was geschieht, wenn immer mehr eben nicht an jener Macht zur Beherrschung der Verhältnisse teilhaben, deren prekäre alltägliche Situation die Bedrohung durch die Verhältnisse in keiner Weise neutralisiert, sondern verschärft – hier wirkt die Zersetzung selbst dieser restriktiven Handlungsfähigkeit.<sup>2</sup> Die Auflösung kann in anomische Zustände überführen, Verdrängung und psychische und physische Krankheiten hervorrufen; aber auch das widersprüchliche Verhältnis von Risiko des Verlusts von Handlungsfähigkeit und der subjektiven Notwendigkeit zur aktiven kollektiven Erweiterung der Handlungs- und Lebensmöglichkeiten zugunsten der letzteren verschieben. Verlassen der erworbenen Positionen, Verlernen des Eingebühten ist nun gefragt. Verunsichert, erschöpft, überschuldet – frei, flexibel und fertig von der Arbeit (inkl. Reproduktionsarbeit), weitermachen wie bisher ist selbst die Krise. Die Subjektivitäten geraten in Bewegung.

Nicht nur im Alltagsverstand. Auch die *Widersprüche zwischen den Fraktionen des Machtblocks* vertiefen sich. Restaurative Kräfte, die den Staat zur Wiederherstellung der alten Ordnung nutzen, seine Finanzen ausplündern wollen, greifen ineinander mit reformerischen Initiativen, die deutlich über den status quo ante hinausgehen (ausführlich Candeias 2009b). Neoliberale Glaubenssätze werden reihenweise über Bord geworfen: Aufblähung der Geldmenge, Verstaatlichung von Banken, Staats- und Zentralbankkredite ohne Sicherheiten, antizyklische Konjunkturprogramme, Aufhebung aller staatlichen Verschuldungsgrenzen einschließlich des ehemals sakrosankten Stabilitätspaktes und der Maastricht-Kriterien, schärfere Kontrollen, Begrenzung von Managergehältern und Eingriff in die Bonussysteme, v.a. aber in Investitions- und Kreditpolitik, Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, Teilverstaatlichung von Industrieunternehmen etc. Zugleich sollen diese neuen Instrumente ermöglichen, möglichst bald wieder das ›Casino‹ zu eröffnen – was von anderen vehement gegeißelt wird. Es besteht Uneinigkeit über die Formen des neuen Staatsinterventionismus und des Krisenmanagement, über Konjunk-

---

<sup>2</sup> Da die Funktion jeder Ideologie darin besteht, gesellschaftliche Individuen als Subjekte zu konstituieren, verwandelt sich diese ideologische Orientierungskrise notwendig in eine ›Identitätskrise‹ der sozial Handelnden (Laclau 1981, 90). Die mangelnde Repräsentation ihrer Interessen bringt wachsende Teile der Bevölkerung, insbesondere die bedrohten ›Mittelschichten‹ in Gegnerschaft zur vorhandenen Form der Vergesellschaftung. Diese diffusen ›Mittelschichten‹, weisen trotz ihrer unterschiedlichen Stellungen in den ökonomischen Beziehungen einen gemeinsamen Grundzug auf, ihre Trennung von den zentralen Positionen im herrschenden Machtblock.

turprogramme, Zinsen und Schuldenabbau, über die Reregulierung der inter-nationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung, über die Währungs-verhältnisse, über die Lastenverteilung zur Eindämmung des Klimawandels, die Lösung internationaler Konflikte. Ausdruck der Widersprüche innerhalb des herrschenden Machtblocks: Keine seiner Fraktionen ist in der Lage, die anderen Gruppen des Machtblocks unter ihre Führung zu bringen, was „zur charakteristischen Inkohärenz der gegenwärtigen Regierungspolitik [...], zum Fehlen einer deutlichen und langfristigen Strategie des Blocks an der Macht, zur kurzsichtigen Führung und auch zum Mangel an einem globalen politisch-ideologischen Projekt oder einer ›Gesellschaftsvision‹“ führt (Poulantzas 1978, 226f). Im Ergebnis verlieren konservative, vor allem aber sozialdemokratische Parteien an Stimmen. Die Desartikulation des Alten wird begleitet von Versuchen zur Formierung des Neuen.

### *Formierung gesellschaftlicher Projekte in der ›postneoliberalen‹ Konstellation*

Innerhalb einer solchen Konstellation entwickeln sich je nach gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen unterschiedliche Absatz- und Suchbewegungen, die sich zum Teil ergänzen, sich wechselseitig beeinflussen, aber auch konkurrieren oder sogar antagonistisch bekämpfen. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Klassenfraktionen formieren sich in der Auseinandersetzung mit anderen zu neuen gesellschaftlichen Blöcken, d.h. zu einer Konvergenz von gesellschaftlichen Gruppen oder von Fraktionen bestimmter Gruppen um konkrete strategische Projekte herum. Gemeinsame Interessen sind dabei nicht objektiv gegeben, sondern müssen erst systematisch erarbeitet werden. Solche gesellschaftlichen Blöcke versuchen ihre politischen Projekte hegemoniefähig zu machen, Bündnisse und Koalitionen zu bilden. Auch dabei sind die unterschiedlichen Interessen und Strategien dem Kampf nicht vorausgesetzt, sondern werden vor dem Hintergrund bestehender geschichtlicher Formen, Regulationsweisen, Individualitätsformen und Alltagspraxen erst in der Auseinandersetzung mit anderen konstituiert. Damit ein solches Projekt hegemoniefähig werden kann, müssen sich die Bedürfnisse und Interessen der Subjekte darin mit Aussicht auf Realisierung redefinieren lassen, damit es von den Subjekten gewollt und aktiv angestrebt wird. Ohne das aktive Element der Zustimmung würde sich Hegemonie auf Zwang und Gewalt reduzieren. Entsprechend handelt es sich bei Hegemonie nicht nur „um die Fähigkeit einer Klasse oder eines Bündnisses ihr „Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen“ (Lipietz 1998, 160; vgl. MEW 3, 47), sondern in Form einer passiven Revolution um einen realen „*Prozess der Verallgemeinerung* von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht“ (Demirovic 1992). Ein hegemoniales Projekt als Artikulation der vielen gesellschaftlichen Praxen und Interessen in einem Kompromiss wird also getragen von einem geschichtlichen Block gesellschaftlicher Kräfte, der ›Herrschende‹ und ›Beherrschte‹ mit einschließt, als Resultat der konkreten Kräfteverhältnisse im Kampf um Hegemonie. Zurzeit gibt es einen herrschenden Block an der Macht, aber kein hegemoniales *Projekt* mehr.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Ein geschichtlicher Block ist nicht reduzierbar auf den jeweiligen politischen Block an der Macht, sondern weiter gefasst. Der Begriff des Machtblocks umfasst „eine von inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von *politisch herrschenden* Klassen und Fraktionen“ (Poulantzas 1975, 239, Herv. MC), also die sog. ›politische Klasse‹, einflussreiche Kapitalgruppen, die Spitzen von Gewerkschaften und Verbänden sowie aus Medien und Wissenschaft als organische Intellektuelle und Populisten. Der Machtblock repräsentiert damit eine Seite des Widerspruchs zwischen Regierenden und

Unterschiedliche Fraktionen treiben in verschiedene Richtungen. Alles wird zugleich versucht: staatsinterventionistische Rettung der Banken und Sparvermögen trotz vermeintlich enger Haushaltsrestriktionen, Rettung der Automobilindustrie aber bitte ohne Marktverzerrung, verstärkter Klimaschutz bei Rücknahme von Umweltgesetzgebungen, Abbau der Staatsschulden und Steuererleichterungen, soziale Erleichterungen und Stärkung der öffentlichen Dienste ohne Ausweitung der Schulden, Sicherung von Arbeitsplätzen bei Abbau von Arbeitsmarktinstrumenten, Regulierung der Banken ohne Einschränkung ihrer Profitabilität, Bekämpfung der Inflation und Förderung von asset inflation (der nächsten Spekulationsblase) usw.

*Restauration:* Der gesellschaftliche Block jener, die auf eine Restauration eines autoritären Neoliberalismus zielen, sammelt seine Truppen. In den USA hat er die Regierungsposition verloren, repräsentiert er nicht länger die Mehrheit der Bevölkerung. Doch er ist immer noch in der Lage eine lautstarke, radikalisierte, anti-staatliche zivilgesellschaftliche Bewegung zu mobilisieren: in der Tradition der sog. tea parties gegen staatliche Intervention, Staatsverschuldung und drohende Steuererhöhung, oder mit populistischen Medienkampagnen (v.a. Fox) und bewusst hetzerischer Lügen (»Euthanasie der Alten«) gegen die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung. Die Republikanische Partei ist deutlich geschwächt, doch stark genug, um Hand in Hand mit den starken Unternehmenslobbies im Kongress die zentralen Reformen Obamas, Ermöglichung der freien Gewerkschaftswahl, Einführung einer staatlichen Krankenversicherung sowie Stabilisierung von Banken und Wirtschaft und Re-Regulierung der Finanzmärkte, zu zerreden. Blockiert sind zurzeit der weitere Einstieg in eine »green economy« und internationale Verabredungen zur Senkungen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der USA. Vor allem die Kapitalfraktionen an der Wall Street, die Gesundheitsindustrie, Öl- und Kohlekonzerne oder umweltbelastende Industrie wie die Chemie stützen die rechte Blockade Haltung.

In Deutschland haben staatsinterventionistische Krisenpolitik und die Sozialdemokratisierung der CDU zum Aufstieg der radikal-neoliberalen FDP und zum Absturz der SPD geführt. Die verunsicherten Gewinner des Neoliberalismus, die sich als »mittelständische Leistungselite« verstehen, radikalisieren sich, halten am Alten fest und wollten die Neuaufgabe einer großen sozialdemokratischen Koalition unter Merkel verhindern. Der sozialdemokratische Neoliberalismus à la Schröder und Blair hingegen ist unglaublich und ununterscheidbar von den konservativ-autoritären Neoliberalismen geworden. Noch stärker als in den USA wird in Deutschland (und in der EU insgesamt) der Abbau der Staatsschulden die dominante politische Richtung vorgeben. Dies wird also Hoffnungen auf Steuerentlastungen konterkarieren. Zugleich ist die neue Regierung zu herben Einschnitten in soziale Leistungen nicht in der Lage. Zu offensichtlich ist angesichts der Abermilliarden für die Krisenbekämpfung die Zustimmung in der Bevölkerung brüchig. CDU und CSU selbst gebärden sich als Hüter des Status quo. Bezeichnend, wie CDU, CSU und FDP einen Tag nach Abschluss des Koalitionsvertrages diametral entgegengesetzte Interpretation des Textes vertreten: für und gegen Kopfpauschale, für und gegen Gesundheitsfonds, für und gegen Steuererleichterungen. Die Inkonsistenz resultiert aus der Abwesenheit eines gesellschaftlichen Projektes und zur Verwaltung und Verlängerung der Krise. Deren Folgen

---

Regierten, während ein geschichtlicher Block die widersprüchliche Einheit von Regierten und Regierenden darstellt.

werden die Tendenzen des autoritären Neoliberalismus (Candeias 2004/2009, 412ff) weiter befördern. Berlusconi führt in Italien bereits vor, wie eine demokratische politische Kultur durch autoritär ›charismatische Führung‹ ersetzt wird. Trotz offensichtlich schlechter Resultate – schlechteste ökonomische Bilanz der großen EU-Länder, politische, sexuelle und Korruptionsaffären – erfährt die Inszenierung post-politischer Skandale viel Aufmerksamkeit und hohe Zustimmung: geliebt oder gehasst, Berlusconi hält sich.

*Autoritärer Staatsinterventionismus:* Ähnlich wie in der Krise des Fordismus ab 1968 wird der Krise mit einer Intensivierung der alten Regulations-mechanismen begegnet, während bereits Neues am Entstehen ist: Der Keynesianismus kam Anfang der 1970er erst im Moment der Krise zu seiner vollen Entfaltung, während von neoliberaler Seite bereits das Ende des „embedded liberalism“ und seiner Institutionen (Regime der festen Wechselkurse, Kapitalverkehrskontrollen etc.) vorbereitet und der alte Klassenkompromiss aufgekündigt wurde. In ähnlicher Weise werden nun die Folgen von über 30 Jahren Liberalisierung und Umverteilung von ›unten‹ nach ›oben‹ mit einer Intensivierung dieser Umverteilung durch die Rettung der Banken und die Sozialisierung von Schulden und Risiken bekämpft. Zugleich zeichnet sich noch im Krisenmanagement ein neuer Staatsinterventionismus ab, der bereits das Konfliktfeld um ›post-neoliberale‹ Regulationsformen eröffnet, denn das Krisenmanagement innerhalb des Neoliberalismus kommt an seine Grenzen. Das Verhältnis von Markt und Staat verschiebt sich. Die Exekutive regiert, greift tief und nicht nur über parlamentarische Gesetzgebung sondern direkt in das Wirtschaftsgeschehen ein. Der Staatsinterventionismus funktioniert zwar nicht mehr im Sinne neoliberaler Dynamisierung der Märkte, aber doch in guter alter Manier eines flexiblen liberalen Keynesianismus, der Marktversagen kompensiert und die Umverteilung und Aneignung von Mehrwert für die Vermögenden (über die Sozialisierung von Schulden und Risiken) zunächst weiter befördert, zugleich aber in die Investitions- und Akkumulationsstrategien des Kapitals direkt eingreift. Staatsgläubigkeit und Autoritarismus sind weit verbreitete Phänomene, nicht zuletzt bei Teilen der (organisierten) Arbeiterklasse und der Subalternen. Der freie Markt hat ideologisch abgedankt, soll ebenso wie Finanzinstitutionen reguliert und der Kontrolle des Staates unterworfen werden – besonders der französische Präsident Sarkozy plädiert für einen solchen autoritären Staatsinterventionismus. Seine charismatische Führungsstärke ist garniert mit weitreichenden Vorschlägen internationaler Reformen – die nicht mehr von den G8 sondern den G20 entschieden werden – und nationalistischen Anrufungen: sein Ziel ist die Stärkung nationaler Kapitale (mögen sie auch längst internationalisiert sein). Obwohl Sarkozy Frankreich vergleichsweise erfolgreich durch die Krise geführt hat – der Einbruch des Wirtschaftswachstum ist aufgrund des hohen Anteils des Binnenkonsums und des öffentlichen Sektors deutlich geringer als in anderen Ländern – hat er Probleme: ernsthafter und politischer als Berlusconi wird er an den tatsächlichen Resultaten seiner Politik gemessen, Privatisierungsvorhaben und weitere Deregulierungen widersprechen der propagierten Bedeutung und Fürsorge des Staates, was zu sinkenden Zustimmungswerten in der Bevölkerung führt. Zudem mangelt es an einer Perspektive: Wozu dienen die autoritären Staatseingriffe? Was haben die Subalternen davon? Welche neuen Akkumulationsfelder können sie dem Kapital eröffnen?

Entsprechend fürchtet die FAZ (14.6.2009, 27), dass das Model eines neuen „staatsgelenkten Kapitalismus“ nicht das westliche sein wird, auch nicht der alte Staatssozialismus, sondern „die staatsgelenkten neuen kapitalistischen Zentren von China über Singapur, Russland bis zu den Golfstaaten oder Lateinamerika“. Diese versuchen sozusagen von oben kapitalistische Dynamik und staatlich kontrollierte Entwicklung mit selektiver Öffnung zum Weltmarkt in ein anderes Verhältnis zu bringen und damit eigenständig(er) über die Zukunft des Landes zu bestimmen. Vor allem China hat dank des größten Konjunkturprogramms aller Zeiten schneller aus der Wachstumsschwäche herausgefunden: ca. 450 Mrd. Dollar und eine Vervierfachung neuer Kredite im ersten Halbjahr 2009 auf über 770 Mrd. Dollar zeigen Wirkung. Investiert wurde in notwendige öffentliche Infrastrukturen, in Gesundheit, in soziale Leistungen und ökologische Technologien, nicht zuletzt in den ärmeren westlichen Regionen. Zugleich treibt der Staat direkt die massive Entwicklung neuer Industriesektoren voran: Wind- und Solarenergie, Nanotechnologie, Maschinen- und Kraftwerksbau, I+K-Technologie etc. In der Krise nutzen nicht zuletzt die chinesischen Staatsfonds Chinas (ebenso wie in Singapur oder die Staatsfonds der Golf-Staaten) die Gelegenheit, um Beteiligungen an Banken und Unternehmen in den USA oder Europa zu erwerben, um Handelsbilanzüberschüsse profitabel zu investieren, einen besseren Markt-zugang zu erhalten, Importbeschränkungen zu umgehen und den Technologietransfer zu erleichtern. Der Erfolg ist beeindruckend: bei allem Zweifel über offizielle Wachstumsraten ist angesichts des globalen Nachfrageeinbruchs ein Plus von acht Prozent im zweiten Quartal 2009 überraschend viel. (Allerdings viel zu wenig, um auch noch die Hoffnung zu erfüllen, die Weltwirtschaft insgesamt und v.a. den deutschen Export anzuschieben.) China setzt damit in Ansätzen auf qualitativere Wachstum, stärkt Reproduktionsbedingungen, unternimmt soziale Maßnahmen – bei z. T. heftig verschärfter Repression von sozialen und v. a. ethnifizierten Unruhen und autoritärer Begrenzung von politischer und Meinungsfreiheit.<sup>4</sup>

*Varieties of Postneoliberalism*: China wie die anderen BRIC-Staaten setzen verstärkt auf sog. Süd-Süd-Kooperationen: Sie bilden gemeinsame Plattformen innerhalb der internationalen Institutionen, um der Verhandlungsmacht Europas, der USA und Japans etwas entgegenzusetzen. Als Gegengewicht zu den transnationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder WTO werden darüber hinaus transregionale Integrationsprojekte vertieft, neue Institutionen geschaffen. Nicht in jedem Fall funktionieren die transregionalen Institutionen bereits, vor allem in Afrika stehen Integrationsprojekte vor schier unüberwindbaren Hürden. Gelingende Projekte werden jedoch andere nach sich ziehen. Auch in den direkten wirtschaftlichen Beziehungen untereinander wird direkter kooperiert: immer öfter wird international direkt in der jeweiligen Landeswährung gehandelt, brasilianische Reales und chinesische Renminbi statt amerikanische Dollar. Nun wollen die BRIC-Staaten zusammen mit dem IWF sogar mittelfristig eine neue Weltwährung ins Leben rufen (SZR) um das Problem mit dem Dollar als Weltgeld

---

<sup>4</sup> Nichtsdestoweniger sind mit dieser Entwicklung weitere Risiken verbunden: die Börsen boomen wieder, die Wirtschaft wird quasi administrativ mit Krediten überschwemmt, was erneut zu Spekulationsblasen und einen Berg fauler Kredite führen kann, wenn die globale Konjunktur nicht anspringt und das Ausgabenniveau nicht längerfristig gehalten werden kann. Dann führt der Geldsegen zu kurzfristiger Inflation – wie bereits in den vergangenen Jahren. Nach wie vor ist die extrem exportlastige Ausrichtung Chinas nicht wirklich angegangen worden. Hier liegt das ökonomische Hauptproblem, denn in den USA werden die Haushalte in Zukunft weniger konsumieren, die Importnachfrage sinkt dramatisch – Chinas Abhängigkeit vom globalen Konsumenten wird über einen langen Zeitraum negative Folgen zeigen, sofern es nicht gelingt eine stärker eigenständige Entwicklung voranzutreiben. Von einer weltwirtschaftlichen Erholung ist nicht viel zu sehen. Und die globalen Ungleichgewichte bei Handels- und Kapitalströmen, wesentliche Ursache dieser Krise, können auch nicht einfach fortgesetzt werden.

zu lösen. Nicht abkoppeln, sondern eigenständig über die Bedingungen und Formen der weiteren Integration ihrer Ökonomien in den Weltmarkt mitzubestimmen und zugleich die Abhängigkeit von den alten kapitalistischen Zentren reduzieren, ist das anvisierte Ziel. Durch Diversifizierung des Außenhandels konnte etwa Brasilien den Anteil des Exports in die USA, die EU und nach Japan in nur fünf Jahren um 12 Prozent Prozent verringern, obwohl der Export auch in diese Länder deutlich zunahm. Dieses Vorgehen strahlt aus auf die kleineren, zum Beispiel afrikanischen Länder, die sich durch Kooperationen mit China oder Brasilien von einseitiger Abhängigkeit gegenüber der EU, den USA oder dem IWF befreien wollen. Auf diese Weise sichert sich insbesondere China (aber auch Indien) den Zugang zu Rohstoffen in aller Welt. Massiv wird auch in (semi)peripheren Ländern investiert, z. B. in Südafrika. Die Struktur dieser sog. Süd-Süd-Kooperationen ändert allerdings wenig an den Mechanismen des Weltmarktes: China exportiert Fertigprodukte und importiert Rohstoffe aus Südafrika und realisiert dabei Handelsbilanzüberschüsse. Damit werden Zentrum-Peripherie-Verhältnisse mit hierarchischen (imperialen) Abhängigkeiten reproduziert.

Von einem Modell kann mit Blick auf die unterschiedlichen Länder und Regionen sicher nicht gesprochen werden, eher von kapitalistischen ›*Varieties of Postneoliberalism*‹ (ausführlich Candeias 2009a). Progressive Initiativen oder Varianten stehen neben autoritären bis reaktionären Formen sind häufig widersprüchlich verwoben. Nicht zuletzt in Südamerika wird um eine Reihe viel versprechender Experimente gekämpft, in denen sich autoritäre, partizipative, emanzipative und transformatorische Elemente überlagern: von Venezuelas Öl-Sozialismus des 21. Jahrhunderts über die stark von Indigenen getragenen linken Staatsprojekte in Bolivien und Ecuador, die links-sozialdemokratischen Projekte von Lula und Kirchner, etc. Auf sehr verschiedene Weise setzen sie alle – trotz zum Teil verschärfter Exportorientierung – im Inneren auf Verschiebung der Kräfteverhältnisse, Neodesarollismo (wachstumsorientierte nachholende Entwicklung), mehr Partizipation, progressive Reformen und stärkere Politiken des sozialen Ausgleichs, die die Handlungsfähigkeit subalternen Gruppen partiell erweitern – auch wenn die Probleme von Ungleichheit, Armut und beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen fortbestehen. 2010 stehen allerdings in zahlreichen Ländern Lateinamerikas Wahlen an, bei denen Verluste für die linken Regierungsprojekte drohen, während eben jene nicht unerheblich zur Absorption der Proteste, z. T. zu Repression und insgesamt zu Stagnation der Bewegungen führten.

*New Public Deal*: Trotz des Drucks die in Folge der Krise steigenden Staatsschulden abzubauen, wird weithin die Erhaltung und Stärkung des Öffentlichen für notwendig erachtet. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnt Privatisierungen ab (Candeias 2009c). Tatsächlich hat sich die Privatisierung insbesondere von Infrastrukturleistungen wie bei der Wasserversorgung fürs Kapital als unprofitabel und teuer erwiesen. Sogar der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) beklagt daher die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch mangelnde Investitionen in Kraftwerke, Strom- oder Straßennetze und fordert „zehn Prozent mehr staatliche Investitionen in die Infrastruktur“ (FR v. 27.5.08). Die unterschiedlichen Investitions- und Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise zielten bereits auf eben diesen Ausbau der öffentlichen und sozialen Infrastruktur zur Nachfragestützung bei privaten Unternehmen. Das Projekt eines New Public Deal greift unterschiedliche Krisenprozesse auf: Mit der Erneuerung und dem Ausbau des Öffentlichen vor allem



durch die neuen Investitionsprogramme in öffentliche Infrastrukturen, Bildungs- und Gesundheitssysteme und die Schaffung neuer Jobs in den betreffenden Branchen, versuchen bestimmte Gruppen um Präsident Obama den Absturz der US-Ökonomie aufzufangen und zugleich die (in den USA besonders tiefe) Reproduktions- und Jobkrise anzugehen, als auch neue Konsensangebote an die Subalternen zu unterbreiten. Die Stärkung des Staates, Steuerreformen und leichte Umverteilung nach unten sollen Unmut, gar Revolten im Zaum halten, die Hoffnung auf Wandel befördern und Zustimmung sichern. Darüber hinaus dienen die Maßnahmen der Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen durch Infrastrukturen und Requalifizierung sowie der Profitmöglichkeiten durch Privat-Öffentliche-Partnerschaften (sog. PPPs bei denen der Staat als Finanzier und Eigentümer fungiert, private Investoren den Bau und Betrieb übernehmen, während der Staat ihre Rendite garantiert). Unklar erscheint, wer die Träger eines solchen Projektes sein mögen? Geht es mit den PPPs nur um eine neue Konjunktur des Neoliberalismus mit nur leichten Veränderungen und Zugeständnissen oder um ein Element ›postneoliberaler‹ Projekte (was mit dem Begriff New Deal ja nahe gelegt wird)? Werden die Investitionen angesichts eines fehlenden gesellschaftlichen Drucks von links ausreichen, auch um die Überakkumulation ausreichend zu absorbieren? Die Kämpfe um eine allgemeine Krankenversicherung in den USA (besonders um die sog. ›staatliche Option‹) zeigen, wie umkämpft ein solches Projekt ist. In Deutschland ist mit der neuen Regierung die Option einer sog. Bürgerversicherung vorläufig ausgeschieden – ein Systemwechsel weg vom Solidarprinzip hin zu Kopfpauschale ist allerdings noch keineswegs ausgemacht.

*Green New Deal:* Man könnte einwenden, der Green New Deal ist vorbei bevor er begonnen hat. Die Bundesregierung setzt auf Wachstum, verlängert die Laufzeiten für Atomkraftwerke, beendet die Solarförderung. Das Krisenmanagement brachte uns die antiökologische Abwrackprämie, die Senkung der Vorgaben für den Flottenverbrauch der Autokonzerne, eine erneute Ver-schenkung von CO<sub>2</sub>-Zertifikate an die besonders klimaschädlichen Industrien, die strukturkonservative Rettung Automobilkonzernen etc. Doch keine Umweltpolitik ist auch kein Projekt... Die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energieeffizienz und Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen wäre die notwendige technologische und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen und für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, ein bereits lautstark geforderter ›grüner New Deal‹ als Antwort auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Reproduktions-, Job- und ökologische Krise – und zur Relegitimierung der Marktwirtschaft (ausführlich Candeias/Kuhn 2008). Dieses Projekt wurde u.a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären als Lösung einer „dreifachen Krise“ vorgeschlagen, einer „Kombination aus kreditgetriebener Finanzkrise, dem beschleunigten Klimawandel und steigenden Energiepreisen vor dem Hintergrund von peak-oil“.<sup>5</sup> Befördert wurden diese Vorstellungen nicht zuletzt durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen

---

5 Das Schlagwort des grünen New Deal bezeichnete in der BRD allerdings schon vor mehr als 15 Jahren den Versuch, „zu einer ›nachhaltigen‹ ökonomischen Expansion zu kommen, ohne die kapitalistische Akkumulation [...] als solche aufzuheben“ (Brüggen in *HKWM* 5, 1063). Anfang der 1990er Jahre hofften sowohl die Grünen als auch der sozialökologische Flügel der SPD mit dem grünen New Deal eine reformpolitische Lösungsstrategie für die auch damals manifeste ökologische Krise zu entwickeln, die außerdem die Grundlage für ein „neues Bündnis zwischen verteilungspolitisch orientierter Arbeiterbewegung und eher lebensweltlichen Interessen von Mittelschichten“ schaffen sollte (1064). Zentral für damalige Entwürfe eines grünen New Deal waren neben ökologischen Investitionsprogrammen und Effizienzsteigerungen wachstumskritisch motivierte Vorschläge einer radikalen Arbeitsverkürzung. Heutige Entwürfe verzichten weitgehend auf solche Ansätze und konzentrieren sich auf Strategien der Kapitalisierung ökologischer Ressourcen zur Erschließung neuer Akkumulationsfelder und auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz in der Produktion zur Verringerung der Umweltzerstörung.

des IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore. Verfechter sind neben den europäischen Grünen Parteien – die deutschen Grünen fassten im November einen Parteitagsbeschluss, der einen grünen New Deal zur Überwindung der Finanzkrise forderte (zur Kritik des Konzept vgl. Candeias 2007; Kaufmann/Müller 2009) –, große NGOs wie der WWF oder Friends of the Earth, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern und die UN – und Obama, der die drei Posten des Energieministers, der Umweltministerin und der Vorsitzenden des Umweltrates im Weißen Haus mit ausgewiesenen Bekennern einer ökologischen Wende besetzte. Dahinter stehen auch Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen, die Aufträge bei der Effizienzoptimierung erwarten, Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der »grünen« Ableger der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Automobilkonzerne wie Toyota oder Renault, die bereits Erfahrung bei der Entwicklung von »green cars« haben, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF, die neue, leichte und energie-effiziente Werkstoffe entwickeln, selbst Ölkonzerne wie BP, die sich in »Beyond Petrok« umbenannt haben sowie Venture-Capital Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds und anderer Fondsgruppen).<sup>6</sup>

Ein grüner New Deal beinhaltet einen staatlich initiierten und massiv subventionierten Übergang (*passive Transformation*) zu einer »ökologischen« Produktionsweise, die neue Akkumulationsfelder für das verzweifelt nach Investitionsmöglichkeiten suchende Kapital erschließt: das weitere Zur-Ware-Machen von natürlichen Ressourcen im Bereich von Biodiversität oder Gentechnologie; Technologien zur ökologischen Effizienzsteigerung in Produktion und Energieversorgung; die neuer Investitions- und Absatzmärkte im Zertifikats- bzw. Emissionshandel und im ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.). Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien verspricht auf etliche Billionen Dollar anzuwachsen. Natur und Umweltschutz werden zur Ware, was die Möglichkeiten zur Lösung der ökologischen Krise beschränkt. Favorisiert werden technische und marktförmige Lösungen. Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise, als vielmehr ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie unter Einbeziehung progressiver oppositioneller Gruppen und Interessen der Subalternen. Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogesellschaft, der Struktur unserer Städte, unser gesellschaftliches Verhältnis zur Natur, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert deren Widersprüche (z. B. die Gefahren einer »grünen« Finanzblase, so Susan George; Janszen 2008). Ziele sind Wachstums- und Exportförderung, was letztlich den Ressourcenverbrauch nicht begrenzt (tatsächlich haben sich der Ressourcenverbrauch und Emissionen trotz 30 Jahren Umwelt- und Klimapolitiken noch beschleunigt) und Ungleichgewichte und Konkurrenz in der Weltwirtschaft fortschreibt bzw. verschärft.

---

<sup>6</sup> Die Finanz- und Wirtschaftskrise senkt zwar vorübergehend die Emissionen und den Rohstoff- und Ölverbrauch, blockiert jedoch zugleich die ökologische Modernisierung durch fehlende Kredite, stornierte Börsengänge, Rücknahme von Investitionen gerade in den Bereichen von Umwelttechnologien, so sagte z. B. Toyota ausgerechnet den Bau einer Fabrik für Hybrid-Fahrzeuge in den USA ab und die Aktienkurse im Bereich der Öko-Energien fielen schneller als der Aktienmarkt insgesamt - vor allem aber durch Verzicht der Regierungen auf verschärfte Umweltgesetze und Rückfall in klassische Industrie- und Wachstumspolitiken.

Angesichts der zu bewältigenden Aufgaben, der schnellen Überwindung einer Weltwirtschaftskrise und der noch gewaltigeren Aufgabe für Industriestaaten, bis 2050 die Treibhausemission um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird dies außerdem nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein. Dieser Zeitfaktor produziert z. B. Entscheidungsprobleme zwischen einer konsequenten Umstellung bei Vernichtung alter Branchen/Kapitale, mithin der Gefahr tiefer ökonomischer Krisen oder einer zu langsamen Umstellung bei Verschärfung von Umwelt- und sozio-ökonomischen Folgekrisen. Darüber hinaus führt die Einschließung der Ökologisierung in die Wertform zur Begrenzung der Lösungsmöglichkeiten der Krise durch Konzentration auf weitere Verwertung, weiteres Wachstum, weiteren Ressourcenverbrauch und zugleich Vernachlässigung der nicht-profitablen Bereiche.<sup>7</sup>

### *Kombinationen und Artikulationen*

Keiner der gesellschaftlichen Blöcke um die entsprechenden Projekte herum ist bisher konsolidiert. Die Projekte sind stark umkämpft. Die neoliberalen Kräfte sind noch stark genug, um weitergehende Reformen und Transformationen zu blockieren. Die Projekte selbst sind widersprüchlich, beinhalten jeweils linke wie rechte Optionen. Es gibt Berührungspunkte und fließende Übergänge zwischen den jeweiligen Projekten. Entscheidend wird sein, wie sich die unterschiedlichen Projekte und die sie tragenden Gruppen wechselseitig artikulieren und kombinieren. Nicht die einzelnen Elemente selbst, als vielmehr ihre Artikulation macht den entscheidenden Unterschied: Ein neuer Staatsinterventionismus kann heißen autoritär die Bedingungen der Kapitalakkumulation (auch gegen einzelne Fraktionen des Kapitals) und repressiv (auch mit beschränkten zusätzlichen sozialen Maßnahmen) gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten oder ein linkes Staatsprojekt zu realisieren, indem die Macht von Markt und Kapitals eingeschränkt wird und der Staat selbst partizipativ umgebaut bzw. demokratisiert wird. Ein New Public Deal kann bedeuten, in einem solchen Staatsprojekt das Öffentliche als Bereich der Bereitstellung dekommodifizierter allgemein zugänglicher Reproduktionsbedingungen zu stärken (und öffentliche Beschäftigung zu fördern) oder öffentliche Dienstleistungen zwar auszuweiten, aber über PPPs weiter zur Ware zu machen, den Zugang über höhere Gebühren zu regulieren, den Einfluss der Bevölkerung auf ihre Konsumentenfunktion zu beschränken (und Beschäftigung weiter zu flexibilisieren). Ein Green New Deal kann einer wirklichen Transformation der Produktions- und Lebensweise gleich kommen, auf Reproduktion statt auf Wachstum orientieren, die Logik der Kapitalakkumulation in Frage stellen oder letzterer einen neuen Schub verleihen, eine passive Revolution, die Konsensangebote an die Subalternen unterbreitet, die ungleichen Folgen eines grünen Kapitalismus und ökologischer Krise aber letztlich autoritär bearbeitet. Nichts ist entschieden.

---

<sup>7</sup> Vgl. *Debatte um den Green New Deal* in der Zeitschrift *LUXEMBURG*, 1.Jg., H. 1, 130-59, mit Nicola Bullard, Wolfgang Sachs, Tazio Müller/Stephan Kaufmann u. Frieder Otto Wolf sowie das Buch von Stephan Kaufmann u. Tazio Müller, *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, Berlin 2009.

## *Interregnum*

Angesichts der Blockierung innerhalb und der Ausfransung an den (globalen) Rändern des transnationalen Machtblocks sowie den unterschiedlichen, sich parallel entwickelnden umkämpften Projekten wird sich daraus voraussichtlich eine Konstellation des Übergangs ergeben. In diesem Interregnum kann sich die Krise über längere Zeit, vielleicht ein Jahrzehnt hinziehen kann, bis sich aus der Konkurrenz der Bearbeitungs- und Lösungsversuche eine hegemoniale Richtung herauskristallisiert, die eine gewisse Bandbreite von differenten Wegen einschließt, jedoch Terrain und Entwicklungsrichtung der Varieties weitgehend bestimmt. ›Postneoliberalismus‹ (vgl. Brand u.a. 2009) bezeichnet also keine neue Periode kapitalistischer Entwicklung als vielmehr eine Übergangsperiode, in der vielfältige Suchprozesse stattfinden und um die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft gestritten wird. Sobald sich eine hegemoniale Richtung andeutet, muss auch ein neuer Begriff gefunden werden. Meiner Ansicht nach scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein Projekt hegemoniefähig, das die dafür nötigen Ressourcen, Akkumulationsdynamiken und Konsenspotenziale hervorbringen könnte: ein Green New Deal, eine Periode eines grünen Kapitalismus. Doch das ist nicht ausgemacht: zu stark sind bislang die Beharrungskräfte des Alten, zu Widersprüchlich ist das Projekt des Green New Deal selbst. Noch handelt es sich um eine relativ offene geschichtliche Situation in der noch keine hegemoniale Richtung eingeschlagen wurde.

## *Revolutionäre Realpolitik einer sozialistischen Transformation*

Revolutionäre Realpolitik (Luxemburg 1/1, 373) hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform und Revolution auf. Das Adjektiv bezieht sich auf den umwälzenden, also transformatorischen Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung. Letzter kann ohnehin nicht voluntaristisch herbeigeführt werden. Sich auf dies zu konzentrieren hieße, sich politisch handlungsunfähig zu machen, zum revolutionären Attentismus zu verdammen. Daher der Verweis auf Realismus: agieren in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, aber in der Perspektive ihrer Verschiebung; anknüpfen an den realen Bedingungen und Widersprüchen in denen sich jede/r bewegen muss, den Sorgen und alltäglichen Interessen der Einzelnen; ansetzen an den partikularen Interessen und Leidenschaften, sie aber ethisch-politisch im Sinne Gramscis zu reartikulieren und zu verallgemeinern, so dass die unmittelbaren Interessen der verschiedenen subalternen Gruppen überschreiten und universell zu den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen werden können (Candeias 2009d). Hier geht es im Sinne revolutionärer oder einer radikal transformatorischen Realpolitik um das Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um die Gestaltung von Zukünften. Diese Ausrichtung aufs Ganze ist mehr, als ein hübsches Fernziel, vielmehr ein notwendiges Element um die Verengung oder den Rückfall auf korporativistische, also enge Gruppeninteressen, zu vermeiden, was zur Verschärfung der Subalternität führt, die immer dann droht, wenn Kämpfe oder Einzelreformen nicht als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen werden. Dann passiert wie so oft, eben die partikulare kompromisförmige Integration in den herrschenden Block.

Der Gesamtzusammenhang wird vom herrschenden Block an der Macht immer wieder parzelliert, um gesellschaftliche Probleme und Veränderungen zu entnennen, die Probleme und sozialen Gruppen zu vereinzeln. Ressortpolitiken dominieren auch das Denken in vielen linken Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften. Daher muss der Zusammenhang immer wieder verdeutlicht oder vielmehr erarbeitet werden, zwischen den multiplen Krisen, zwischen Finanz- und sozialer Krise, zwischen ökonomischer und ökologischer Krise, zwischen all diesen Krisen und der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Der Kampf um die Deutung der Krise, der Situation, ist ein wesentlicher Aspekt, den organische Intellektuelle in ihren unterschiedlichen Positionen zu leisten haben.<sup>8</sup> Darüber hinaus muss die Linke sich strategisch neu ausrichten auf die veränderte Situation. Die Kritik am Neoliberalismus genügt nicht mehr, wenn er selbst in der Krise ist. Die Kritik muss sowohl die restaurativen Tendenzen wie die Möglichkeiten neuer passiver Revolutionen ins Auge fassen. Andernfalls, wie bereits geschehen, werden die Forderungen der Linken von den Regierenden überholt. Proteste und Kritik verbleiben oft bei einer einfachen Negation und daher relativ wirkungslos. Sie sind oft auf reine Ablehnung beschränkt, fordern implizit eine Rückkehr zum vergangenen Modell, zielen auf einen ›sozialeren‹ Neoliberalismus oder Etatismus, wünschen sich eine bevorstehende Revolution herbei. Der Mangel an Perspektive sichert nach wie vor einen passiven Konsens. Die Anerkennung der Vorstellung, dass keine Alternativen zur jeweiligen Form der Vergesellschaftung existieren, ist dabei eines der entscheidenden Momente von Hegemonie. Alltägliche Handlungsfähigkeit bleibt in individuellen Strategien verhaftet, findet kaum Formen kollektiver Verallgemeinerung. Verlangt sind daher eigene weitergehende transformatorische Entwürfe und Fantasie und zugleich – aus einer Minderheitenposition heraus – die Entwicklung realisierbarer Einstiegsprojekte. Solche Projekte, Reformen und damit zusammenhängende Kompromisse müssen unmittelbar die Handlungsfähigkeit der Einzelnen verbessern und zugleich eine Perspektive erkennbar werden lassen, die über das gegebene hinaus weist, die unterschiedlichen Reformen und Kämpfe orientiert und zusammenbindet. Die Orientierung auf Handlungsfähigkeit bedeutet zugleich ein anderes Verständnis von Politik – denn umfassende gesellschaftliche Veränderung erschöpft sich nicht in ›großer Politik‹, muss vielmehr im Alltag der Menschen ankommen, diesen selbst als Sphäre der Politik begreifen (wie Gramsci früh gezeigt hatte, aber auch die zweite Frauenbewegung dann nochmal über deutlich machte). Das zielt dann auf individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit und die Frage der alltäglichen Organisierung. Sonst werden die linken Angebote zu Recht nicht als wirkliche Alternativen angenommen. Für das konkrete Beispiel der Opelrettung wäre etwa, wäre es sinnvoll, staatliche Kapitalhilfen an Beteiligungen am Eigentum zu knüpfen (oder das Unternehmen vollständig zu sozialisieren), die Beteiligung an eine erweiterte Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften und Region zu binden, z. B. in regionalen Räten, die dann über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in eine ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden, eingebettet in einer makroökonomische Orientierung wie folgender.

---

<sup>8</sup> „Bei der Heranbildung der Führer ist die Voraussetzung wesentlich: will man, dass es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet; d.h., geht man von der Voraussetzung der fortwährenden Teilung des Menschengeschlechts aus oder glaubt man, dass sie nur eine geschichtliche, bestimmten Bedingungen entsprechende Tatsache ist?“ (Gramsci, Gef.7, 1714) – dies unterscheidet die ›rechts-gramscianischen‹ (George 2001) elitären neoliberalen Think-Tanks von emanzipativen Netzwerken. Schon bei Marx findet sich die Perspektive der Aufhebung der Teilung von Regierenden und Regierten, durch die volle Entwicklung der Individuen: „dass der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurück nimmt“ (MEW 1, 370). Der erste Schritt wäre eine Art Vergesellschaftung ideologiekritischer Kompetenzen (im Gegensatz zur Monopolisierung dieser Funktion durch neue Intellektuelle).

Denkbar sind vielfältige Einstiegsprojekte auf unterschiedlichen Feldern (Candeias 2009a, 33ff): Ein ganz wesentliches wäre die Konversion unserer wachstumsorientierten kapitalistischen Ökonomien hin zu einer ›Reproduktionsökonomie‹, die sich zu beschränken weiss und zugleich neuen Reichtum schafft. Konzentrieren wir uns auf eine bedürfnisorientierte solidarische Care Economy, eine Reorientierung auf öffentliche Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung(ssouveränität), Pflege und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Dies wäre ein Beitrag zu einer wirklich ökologischen Produktions- und Lebensweise (da diese Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion (schon jetzt sind dies die einzigen Bereiche mit kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau), zur emanzipativen Gestaltung der Geschlechterverhältnisse, zur Entwicklung eines Praxis des ›bien vivre‹. Mit der damit verbundenen Binnenorientierung, der partiellen Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft wird auch zum Abbau der Exportfixierung sowie von Leistungsbilanzungleichgewichten beigetragen. Mit dem Ausbau des Öffentlichen und seiner Dekommodifizierung erfolgt die Zurückdrängung des Marktes, von Privatisierung und Inwertsetzung. Wird die Reproduktionsarbeit im breiten Sinne ins Zentrum eines Transformationsprojektes gestellt, ermöglicht dies endlich eine Abkehr vom Wachstumsfetisch – und stellt damit zugleich mittelfristig die kapitalistische Produktionsweise als solche in Frage. Dies ist letztlich eine Frage darüber, wer eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft entscheidet und welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Es geht um eine radikale Demokratisierung von staatlichen wie ökonomischen Entscheidungen. Es geht um die Neudefinition und Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit – nicht durch immer weitere Ausdehnung von warenförmiger Lohnarbeit und Mehrwertproduktion, sondern durch Ausdehnung kollektiver und kooperativer Formen der Arbeit, orientiert an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, zum Reichtum allseitiger menschlicher Beziehungen, der Verfügung über Zeit.

### *Subjekte der Transformation*

Wir sind mit einer Vielzahl ineinander unübersetzbarer politischer Bewegungen und Forderungen konfrontiert. Hito Steyerl folgert im Anschluss an Spivak: „In Bezug auf eine politische Subjektwerdung stellte sich diese Politik der Differenz als fatal heraus, da eine Kakophony von Monaden entstand, die nicht mehr gemeinsam hatten und tendenziell in Konkurrenz zueinander standen“ oder sich wechselseitig ignorierten (Styerl 2008, 13f). In dieser Sprachlosigkeit eines jeder spricht für seine eigenen partikularen, ja identitären Interessen, ist eines besonders unsagbar geworden: „eine Solidarität jenseits von Identität“ (14). Diversität wurde zu einer ausgeklügelten Machttechnik neoliberaler und imperialer Hegemonie verfeinert. Vielfach gespalten mangelt es den Subalternen an einer gemeinsamen Sprache oder eines Verständnisses gemeinsamer Interessen. Es genügt also nicht die Zersplitterung zu analysieren und Differenzen heraus zu streichen, um falsche Vereinheitlichung zu vermeiden. Ein produktiver Umgang mit Fragmentierungen und Differenzen ist erforderlich.

Für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ist es notwendig, aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert. Spezifische Interessen müssen neu verbunden und Solidarität entwickelt werden. Das ist das was Gramsci mit den Prozess der Entwicklung von der korporativ-ökonomischen zur politisch-ethischen Phase meint. Paradox mag dabei folgendes erscheinen: Die Markierung von Differenzen, sowohl diskursiv als auch organisatorisch, ist Voraussetzung der Verallgemeinerung. Um als gesellschaftliche Gruppe mit eigenen Interessen wahrgenommen zu werden, ist ein Bruch mit den geltenden Spielregeln korporatistischer Aushandlungsprozesse und politischer Repräsentation wahrscheinlich erfolgreicher, zumindest nicht ersetzbar. Die Formulierung und Artikulation partikularer Interessen sowie die Schaffung eigener Organisationen und Netze ist notwendig, um von dort aus überhaupt in eine Assoziation mit anderen Gruppen und Klassenfraktionen treten zu können und in der Auseinandersetzung das Gemeiname nicht zu finden, sondern zu produzieren. Die ›Multitude‹ kommt nicht von selbst zusammen, die Mosaiklinke ist fragmentiert. Verallgemeinerung meint neben dem Entwickeln gemeinsamer Interessen auch Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung (und Unterstützung) nicht gemeinsamer Forderungen, etwa nach Legalisierung von Migranten, ebenso wie unterschiedlicher (politischer) Kulturen und Organisationsformen. Es gilt also, produktiv mit den Gefahren von Zersplitterung wie falscher, weil Differenzen negierender Vereinheitlichung umzugehen – das Bild der Assoziation in einer Bewegung der Bewegungen ist dabei sicher tragfähiger als das der ›großen‹ einheitlichen Kraft.

Notwendig ist auch ein strategisches Verhältnis zwischen Bewegungen und Staat. Eine Art hollowsaysche Distanzierung vom Staat mißverstehet ihn als geschlossenen Herrschaftsapparat und isoliert die Bewegung auf dem Feld der Zivilgesellschaft. Bekanntermaßen besteht zwischen beiden jedoch ein enges Wechselverhältnis, dass Gramsci einst als Zivilgesellschaft + politischer Gesellschaft = integraler Staat fasste. Es gibt kein Außerhalb des Staates. Vor allem aber ist der Staat im engeren Sinne selbst ein widersprüchliches Kampffeld und seine Form Ergebnis der Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Sinnvolle Reformen eines linken Staatsprojektes sind nicht einfach abzulehnen oder irrelevant, nur weil sie auf einem vermachteten Terrain stattfinden. Linke Bewegungspolitik kann institutionelle linke Politik nicht teilnahmslos gegenüberstehen, muss vielmehr den Dialog suchen, Druck entfalten, sich einlassen. Dies erfordert allerdings die Sicherung der Autonomie der Bewegungen, d.h. Schaffung eigener Institutionen und einer eigenständigen ›moralischen Ökonomie‹ (Thompson) bzw. solidarische Ökonomien. Die brasilianische Landlosenbewegung MST z. B. gibt sich nicht damit zufrieden, Forderungen an die Regierung zu stellen. Sie unterstützt die Politik des Präsidenten Lula kritisch - sofern diese aber erlahmt, erhöht die MST die Zahl der Landbesetzungen, um auf diese Weise Tatsachen zu schaffen und weiteren Druck aufzubauen. Die MST rekurriert auf staatliche Politik, aber nur insofern, als es um die Absicherung und Erweiterung von Handlungsspielräumen für die Bewegung und die Aneignung von Lebens- und Arbeitsbedingungen geht (etwa Landrechte). Landbestzungen sind der Motor der Organisierung, eine gemeinschaftliche Produktionsweise bildet die ökonomische Grundlage, eigene Schulen und Ausbildungsstätten sichern politische, organisatorische und produktive Entwicklung. Die MST versucht eine weitestgehende Selbständigkeit zu gewinnen, ohne der Illusion einer Autonomie jenseits des Staates zu erliegen. *In and*

*against the state*, hatte es John Holloway einmal formuliert (bevor er sich vom ersten Teil des Slogans verabschiedete). Die Entwicklung eines kritischen strategischen Verhältnisses zwischen Bewegung und Staat ist sehr anspruchsvoll und geht über das Problem der Formierung einer Mosaiklinken hinaus.

Daher braucht es außerdem neuer vermittelnder Institutionen, die nach und nach dazu in der Lage sind, den Staat in die Zivilgesellschaft zu absorbieren: ›consultas populares‹, participative Haushalte/ Demokratie, ›peoples planning processes‹, Räte vor allem auf der betrieblichen, kommunalen und regionalen Ebene (und darüber hinaus). Solche partizipativen Institutionen zur Dezentralisierung und Demokratisierung von Macht sind allerdings nur effektiv, wenn wirklich etwas zu entscheiden ist, speziell in Bezug auf die Sozialisierung der Investitionsfunktion: Wofür und wo wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen? Dies sollte keine Aufgabe des Staates sein, schon gar nicht privat-kapitalistischer Unternehmen.

Solche Ansätze sozialistischer Transformation sind in kleinen Schritten bereits jetzt realisierbar und weisen zugleich über sich hinaus, ziehen weitere Schritte nach sich. Bedingungen für zumindest partielle Schritte nach links sind jedoch günstig in Momenten wie diesen, in denen der aktive Konsens erodiert ist und Brüche zwischen den Gruppen im herrschenden Machtblock seine Handlungsfähigkeit blockieren oder reduzieren und die Suche nach neuen gesellschaftlichen Koalitionen begonnen hat. Kein Zweifel sollte allerdings daran bestehen, dass Transformation keine gleitenden Übergänge meint. Die molekularen Verschiebungen führen letztlich zum Bruch. Umso erfolgreicher solche Strategien sind, desto krisenhafter wird die kapitalistische Entwicklung, desto heftiger wird die Gegenwehr. Letztlich führt eine sozialistische Transformationsstrategie im Sinne revolutionärer Realpolitik zur Frage der Revolution. ...d. h., sofern die Strategie erfolgreich ist.

*Es war die Sache eines jeden von uns,  
das Divergierende zu einer Einheit zu bringen.*  
Peter Weiss (1975/1983, 204)

Dr. Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik und Leiter des Rates für radikale Realpolitik – der Zukunftskommission der Rosa Luxemburg Stiftung sowie Mitglied des Berliner Instituts für kritische Theorie und Redakteur der Zeitschrift *Das Argument*.



## Literatur

- Brand, Uli, u. a., Postneoliberalism – A beginning debate, in: *development dialogue*, 51. Jg, 2009, H. 1, 1-212
- Brüggen, Willi, Grüner New Deal, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM)*, Bd. 5, Hamburg 2001, 1062-1070
- Candeias, Mario, 1989-99. Die Wende als Ausdruck neoliberaler Verallgemeinerung, *Das Argument* 234, 41. Jg., 1999, 645-55
- Ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg 2004, verbesserte Neuauflage 2009
- Ders., »This party is so over...« – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: Mario Candeias u. Rainer Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin 2009a, 10-37
- Ders., Die letzte Konjunktur. Organische Krise und »postneoliberale« Tendenzen, in: ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie*, Vorwort zur verbesserten Neuauflage 2009b, 23-32
- ders., Krise der Privatisierung, in: ders., Rainer Rilling u. Katharina Weise (Hg.), *Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen*, Berlin 2009c, 9-24
- Ders., Unmaking and Remaking of Class. The "impossible" Precariat between fragmentation and movement, *RLS Policy Paper 3/2009d*; [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/pp-3-09\\_Candeias.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/pp-3-09_Candeias.pdf)
- Ders., u. Armin Kuhn, Grüner New Deal. Ein kapitalistischer Weg aus der Krise?, in: *Das Argument* 279, 50.Jg., 2008, 805-12
- Cerra, Valerie, a. Sweta Charman Saxena, *Growth dynamics: the myth of economic recovery*, BIZ Working Papers Nr. 226, Basel 2007
- Demirovic, Alex, Regulation und Hegemonie, in: ders., Hans Peter Krebs u. Thomas Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster 1992, 128-57
- Ders., Krise und Kontinuität. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus, in: Mario Candeias u. Rainer Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin 2009, 38-52
- George, Susan, 2001: Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten, in: Mario Candeias u. Frank Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg, 207-17
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, Berlin-Hamburg 1991ff
- Harvey, David, Was tun? Und wer zum Teufel tut es?, in: *LUXEMBURG*, 1. Jg. 2009, H. 1., 100-109
- Janszen, Eric, Die Bubble-Ökonomie, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 53. Jg., 2008, H. 5, 49-62
- Kaufmann, Stephan, u. Tazio Müller, *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, hgg. v. Mario Candeias u. Sabine Nuss, Reihe einundzwanzig der RLS, Berlin 2009
- Laclau, Ernesto, *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus*, Berlin 1981
- Lipietz, Alain, *Nach dem Ende des "Goldenen Zeitalters"*, Hamburg-Berlin 1998
- Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Werke*, Bd. 1.1, Berlin/DDR 1982
- Holzcamp, Klaus, Grundkonzepte der Kritischen Psychologie, in: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hg.), *Wi(e)der die Anpassung*, Soltau 1987, 13-19; [www.kritische-psychologie.de](http://www.kritische-psychologie.de)

Poulantzas, Nicos, *Klassen im Kapitalismus – heute*, Berlin 1975

Ders., *Staatstheorie*, Hamburg 1978

Steyerl, Hito, 2007, Die Gegenwart der Subalternen. Einleitung, in: Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien-Berlin, 5-16

